

Sicherheitsdirektion
Generalsekretariat
Rathausstrasse 2
4410 Liestal

Liestal, 8. Mai 2025

Versand per E-Mail an sid-sekretariat@bl.ch

Vernehmlassung zur Landratsvorlage zur Teilrevision des Polizeigesetzes (Umsetzung Motion 2024/217 „Polizistinnen und Polizisten mit Niederlassungsbewilligung C II“)

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Schweizer,
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Einladung zur Vernehmlassung vom 26. Februar 2025 zur oben erwähnten Landratsvorlage. Die FDP.Die Liberalen Baselland lehnt die Vorlage ab.

Die Polizistinnen und Polizisten üben eine hoheitliche Tätigkeit aus. Sie können für den Staat Zwang anwenden und mitunter Verhaftungen vornehmen. Wer solche Staatsgewalt ausübt, sollte als Bürgerin oder Bürger Teil dieses Staats sein und mit unserer Rechtsordnung, Mentalität und Sprache vertraut sein. Dies ist nicht zuletzt mit Blick auf die Akzeptanz durch die Bevölkerung von erheblicher Bedeutung. Aus den gleichen Gründen bildet das Schweizer Bürgerrecht eine Wahlvoraussetzung für Richterinnen und Richter. Auch werden die verschiedenen Bevölkerungsgruppen bereits im heutigen Polizeikorps durch Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund widerspiegelt. Für uns erscheint es ohne Weiteres zumutbar, dass, wer mit einem ausländischen Pass Polizistin oder Polizei werden möchte, zunächst das Schweizer Bürgerrecht erwirbt. Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass Polizistinnen und Polizisten ohne Schweizer Bürgerrecht nicht für grenzüberschreitende Aufgaben (etwa an der Grenzwaiche, für Auslandeinsätze oder als Sicherheitsbegleiter von Flügen) vorgesehen werden können.

Aus diesen Gründen tritt die FDP dafür ein, dass am Erfordernis des Schweizer Bürgerrechts für die Aufnahme in das Baselbieter Polizeikorps festgehalten wird und unterstützt daher die Landratsvorlage zur Teilrevision des Polizeigesetzes nicht.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Mit freundlichen Grüssen

FDP.Die Liberalen Baselland



Melchior Buchs
Präsident



Alain Bai
Fraktionspräsident

Ersteller: Fachkommission Justiz und Sicherheit, Stefan Steinemann